

Zur Kommunalwahl am 6. März 2016



Eine Politik für alle.

Gießener LINKE

Wahlprogramm

zur Kommunalwahl am 6. März 2016
für die Stadt und den Landkreis Gießen



Dafür steht die Gießener LINKE

Die Gießener LINKE als sozialistisches Wahlbündnis steht für Alternativen für eine bessere Zukunft. Wir, Sozialistinnen und Sozialisten, demokratische Linke mit unterschiedlichen politischen Biografien, Frauen und Männer, Alte und Junge, Alteingesessene und Eingewanderte, Menschen mit und ohne Behinderungen haben uns in einem neuen Wahlbündnis zusammengeschlossen. Wir halten an dem Menschheitstraum fest, dass eine bessere Welt möglich ist.

Wir sind und werden nicht wie jene Parteien, die sich devot den Wünschen der Wirtschaftsmächtigen unterwerfen und gerade deshalb kaum noch voneinander unterscheidbar. Wir sagen, es gibt immer Alternativen.

Wir verfolgen ein konkretes Ziel:

- Wir kämpfen für einen Landkreis und eine Stadt, in denen kein Kind in Armut aufwachsen muss, in der alle Menschen selbstbestimmt in Frieden, Würde und sozialer Sicherheit leben und die gesellschaftlichen Verhältnisse demokratischgestalten können.
- Wir finden uns nicht ab mit einem Zustand, in dem Gewinnmaximierung über die Lebensperspektive von Menschen stehen. Wo vor allem der Profit regiert, bleibt wenig Raum für Demokratie.
- Wir wollen dazu beitragen, dass aus passivem Unmut aktive Gegenwehr wird.
- Wir setzen Lohndumping, Sozialraub und dem Ausverkauf öffentlichen Eigentums Widerstand entgegen.
Wir wollen die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse verändern und ringen um eine andere, bürgernahe Politik.

Demokratie, Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit und Solidarität gehören zu unseren grundlegenden Werten.

(-> weiter auf Seite 3)

Inhaltsangabe

- Dafür steht die LINKE **2**
- Stadt und Landkreis müssen sozialer werden! **3**
- Finanzen **4**
- Mehr Bürgerbeteiligung wagen **5**
- Sozialpolitik **5**
- Die Stadtwerke Gießen AG **6**
- Kultur und Sport **7**
- Kommunale Schulpolitik **8**
- Gegen Rassismus und Faschismus **8**
- Politik zu Flucht und Einwanderung **9**
- Behindertenpolitik **10**
- Umweltpolitik **10**
- Energiepolitik **10**
- Verkehrspolitik **10**
- Uniklinik im Bürgerhand **10**

Was sind die Gießener LINKE?

Die Gießener LINKE sind ein Bündnis aus der Partei „DIE LINKE“, der Partei DKP und dem linken Bündnis die ihren Streit beigelegt und die Spaltung beendet haben. Schließlich ist es nur zielführend gemeinsam für die gleichen Interessen zu kämpfen. Natürlich können in diesem Wahlprogramm nicht alle Interessen und Forderungen genannt werden, aber hier werden die wichtigsten Punkte aufgelistet, die in einem gemeinsamen Prozess erarbeitet wurden.

Veranstaltungen der Gießener LINKEN zur Kommunalwahl

Februar

23
Dienstag

Sozialer Wohnungsbau in Stadt und Kreis Gießen

Dienstag, 23. Februar,
Beginn: 20 Uhr, Vortragsraum Kongresshalle Gießen (Eingang von der Lonystraße)

Februar

24
Mittwoch

Situation der Kommunen

Diskussion mit Jannine Wissler
Fraktionsvorsitzende im Landtag

Mittwoch, 24. Februar,
Beginn: 18.00 Uhr, Vortragsraum
Kongresshalle Gießen.

März

1
Dienstag

Friedenspolitik

Diskussion mit Christine Buchholz
Mitglied des Bundestages

Dienstag, 01. März
Beginn: 18.00 Uhr, Kerkradezimmer
Kongresshalle Gießen

Impressum:
Gießener LINKE
c/o Martina Lennartz
Diezstr. 7
35390 Gießen
kontakt@giessener-linke.de
www.giessener-linke.de
Layout: Martina Lennartz
Bild: Stefan Häbisch

1. Stadt und Landkreis Gießen müssen sozialer werden!

Statt dem rapiden Sozialabbau durch Bund und Land in den letzten zehn Jahren entgegen zu arbeiten, machen die Kommunen mit beim Sozialabbau. Wir unterstützen die Forderungen der Gewerkschaften und Sozialverbände zur Überwindung der unsozialen Hartz-Gesetze und lehnen deren geplante weitere Verschärfung besonders in den Bereichen Familie und körperlich- und/oder geistig beeinträchtigter Hilfebedürftiger kategorisch ab. Wie in den Urteilen des Bundesverfassungsgerichts dargelegt, fordern wir die Anerkennung der tatsächlichen Bedarfe. Menschen und ihre Lebensumstände sind keine Normgrößen, die sich beliebig verallgemeinern lassen.

Wir fordern:

1. Bis zur endgültigen Überwindung der Hartz IV-Gesetze bedarfsdeckende Eckregelsätze (sofort eine Erhöhung auf 500,00 €), Einführung eines Mindestlohnes von 10,00 € lohnsteuerfrei und eine Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden/Woche bei vollem Lohnausgleich.
2. Ein-Euro-Jobs zu beenden. Sie haben wie andere Maßnahmen auch nachweislich nicht den gewünschten Erfolg in Sachen Wiedereingliederung erbracht, sondern höchstens weitere reguläre Arbeitsverhältnisse verdrängt.
3. Erweiterung des Personenkreises (Geringverdienende) und der Leistungen des Gießen Passes.
4. Einführung eines Sozial-Passes (ähnlich Gießen-Pass) für den restlichen Landkreis Gießen in Absprache mit den Kommunen,
5. Entwicklung eines öffentlichen Beschäftigungssektors ohne 1-Euro-Jobs auf Basis des ursprünglichen ZAUG-Ansatzes: Arbeit statt Sozialhilfe / Hartz IV! mit komplett sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnissen.
6. Kontrolle und Durchsetzung von Mindest- bzw. Tariflöhnen durch die zuständigen Behörden im Einzelhandel, Hotel- und Gaststättengewerbe, Reinigungsgewerbe usw. für Frauen, Migrantinnen und Migranten, Asylbewerberinnen und Asylbewerber und Studierende sowie Praktikantinnen und Praktikanten.
7. Sozial-Tarife für Strom, Gas und Wasser bei den Stadtwerken Gießen sowie bei den Fahrpreisen; sofortige Aussetzung aller geplanten Tarifierhöhungen bei Strom, Gas und Wasser bis alle Kalkulationen und Lieferverträge offengelegt sind und öffentlich überprüft werden können.
8. Vergabe von öffentlichen Aufträgen nur an Betriebe, die nach Tarif bezahlen.
9. Prekäre Beschäftigungsverhältnisse zurückdrängen.
10. Schaffung weiterer Sozialwohnungen, deren Mieten auch für Geringverdienende, Rentnerinnen und Rentner, Hartz IV-Betroffene bezahlbar sind und neuen Wohnraum für Studierende.

Sozialer Wohnungsbau

Neben der Sicherung des Lebensunterhaltes ist die Bereitstellung von bezahlbarem Wohnraum eines der drängendsten Probleme, dem sich Kreise und Kommunen täglich stellen müssen. Heute zeigt sich, dass der Stopp des öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbaus durch die Schröder/Fischer-Regierung (SPD und Grüne) und die einseitige Förderung des privaten Wohnungsbaus dazu geführt haben, das landauf, landab tausende Wohnungen für Rentnerinnen und Rentner, Familien mit niedrigem Einkommen, Menschen mit Grundsicherung und Flüchtlingsfamilien fehlen. Neben dem Stillstand beim sozialen Wohnungsbau sind seit Beginn dieses Jahrtausends hunderte Sozialwohnungen aus der Preisbindung gefallen, d.h. deren Mieten sind deutlich gestiegen.

Bezahlbare Sozialwohnungen fehlen in der Stadt und im Landkreis Gießen!

Nur ein Drittel der Bedarfsgemeinschaften in Gießen leben in Wohnungen, deren Kosten sie erstattet bekommen. Alle anderen haben Wohnungen, die nach den „Angemessenheitsgrenzen“ des Landkreises zu teuer sind. Die Differenz müssen die Betroffenen dann selbst von der ohnehin zu niedrigen Grundsicherung tragen, d. h. sie müssen das bei ihrer Kleidung, ihrer Ernährung etc. einsparen. Die Wohnungsnot ist schon heute groß und wird durch die Flüchtlinge noch größer werden. Allein für die Stadt Gießen fordern wir, dass jedes Jahr mindestens 100 zusätzliche bezahlbare Sozialwohnungen geschaffen werden. Das ist finanzierbar, wenn man z.B. auf ein Prestigeprojekt wie den Bahndammdurchstich in der Dammstraße für 2 Mill. Euro verzichtet. Auch die dringend erforderliche energetische Sanierung darf bei einem Teil der Wohnungen nicht zu Mieten führen, die über den Kosten der Unterkunft (KdU)-Werten liegen.

Wir fordern:

1. Eine Wohnungsvermittlungsstelle, die nach klaren sozialen Kriterien die Wohnungen aller Wohnbaugesellschaften vergibt.
2. Beteiligung aller Kommunen am Zweckverband des Landkreises „Sozialer Wohnungsbau“. 200 neue Sozialwohnungen jährlich in der Stadt Gießen und im Landkreis.
3. Bereitstellung von Grundstücken für den Bau von Sozialwohnungen in den Kommunen statt einseitiger Bevorzugung des privaten Wohnungsbaus.
4. Übernahme nicht genutzter Gebäude mit dem Ziel der Nutzung als Sozialwohnungen. Durchsetzung einer Sozialquote beim Wohnungsbau privater Investoren.
5. Entwicklung eines Wohnraumbedarfskonzepts für den Kreis Gießen (einschließlich der Stadt Gießen).
6. Qualifizierter Mietspiegel für die Stadt und Kreis Gießen sowie ein Leerstandregister.
7. Keine weitere Verdrängung von Mietern durch zu hohe Mieten im Flussstraßenviertel.

Jobcenter Gießen

Die mit der Agenda 2010 verabschiedeten Hartz IV-Gesetze stellen einen Einschnitt und eine Wende der Sozialpolitik in diesem Land dar. Sie haben nicht nur den Niedriglohnsektor befördert, sondern auf die Lohnentwicklung generell einen verhängnisvollen Einfluss genommen. Sie führten zur immer weiter um sich greifenden Verarmung von Kindern und Familien. Mit der Zwangsbeaufsichtigung und Gängelung wurden und werden Hunderttausende nicht gefördert, sondern gedemütigt und gebrochen. Das führt nicht selten zur Arbeitsunfähigkeit und seelischen Erkrankungen.

Wir fordern:

1. Sofortige Anhebung des Hartz IV-Regelsatzes auf 500 €.
2. bedarfsdeckende Sätze, die sich an dem nicht pfändbaren Einkommen orientieren (gegenwärtig 1.080 € für Verpflegung und Unterkunft).
3. Abschaffung aller Sanktionen – vorrangig solcher, die auf eine Kürzung der finanziellen Mittel hinauslaufen, weil es sich bei den Regelsätzen um ein Existenzminimum handelt.
4. Ermittlung neuer Mietobergrenzen für die Kosten der Unterkunft (KdU), bei der ausschließlich die jüngeren Mieten (entsprechend BGB, die aus den letzten vier Jahren) berücksichtigt werden.
5. Keine Zwangsabsenkung der Mieten, solange das Jobcenter die Betroffenen nicht adäquaten, preiswerteren Wohnraum zur Verfügung stellen kann.
6. Die Teilnahme an Fortbildungs- und Wiedereingliederungsmaßnahmen muss freiwillig und soll mit dem Eintritt in den Leistungsbezug möglich sein.

2. Finanzen

Gießen ist mit 181 Millionen Euro verschuldet, umgerechnet heißt das: Jede Gießenerin und jeder Gießener haben etwa 2300 Euro Schulden. Viel Geld geht für Zinsen und Tilgung drauf. Die Banken verdienen.

Trotz maßloser stetiger Erhöhung der Gebühren und Abgaben ist dieser Schuldenberg in Jahrzehnten angewachsen. Das hat seine Ursachen. Die Städte und Gemeinden müssen etwa zwei Drittel aller öffentlichen Investitionen bezahlen, erhalten aber nur 15% des Gesamtsteueraufkommens. Da bleiben die Interessen und Bedürfnisse der Menschen nach einer funktionierenden Infrastruktur und preiswerter Versorgung mit kommunalen Dienstleistungen auf der Strecke. Da sind Schulden programmiert. Trotz der Unterfinanzierung gibt es auch hausgemachte Schulden wie bei dem Prestigeobjekt der Landesgartenschau 2014, mit dem die Stadt 6,5 Millionen Euro verpulvert hat.

Schutzschirm

Vor zwei Jahren hat die hessische Landesregierung mit einem besonderen Coup die Städte geknebelt, dem „Schutzschirm“. Damit hat sie einen Teil der kommunalen Schul-

den übernommen mit der Auflage strengster Sparpolitik. Dem hat sich auch Gießen angeschlossen und zieht allein mit der maßlosen Erhöhung der Grundsteuer B nicht nur den Eigentümern, sondern den Mietern (uns) 6 Millionen Euro jährlich (!) aus der Tasche. Dieses Schröpfen der Bevölkerung aufgrund von solchen selbst gemachten „Sachzwängen“ hat Tradition.

Vor Jahrzehnten wurde das Prinzip der „kostendeckenden Gebühren“ beschlossen. Die Preise für Kita, ÖPNV usw. sollten kostendeckend bemessen werden, als Voraussetzung für Landeszuschüsse, die nur unter Einhaltung dieses Prinzips bewilligt werden, d.h. die Nutzer müssen immer mehr bezahlen. Fortan konnten sich die jeweiligen Stadtregierungen bei jeder Preiserhöhung die Hände waschen: Sie handelten nur unter einem „Sachzwang“ – den sie allerdings selbst eingeführt hatten.

Kapitalistisches Wirtschaften kommunaler Betriebe

Nach und nach wurden die kommunalen Betriebe (Stadtwerke, Wohnbau...) in Aktiengesellschaften oder GmbHs umgewandelt. Damit werden sie nicht nur der demokratischen Mitwirkung und Kontrolle durch das Stadtparlament entzogen, sondern laut Satzung verpflichtet „Gewinne“ zu machen. Es geht nicht mehr allein um Kostendeckung, sondern um Profitmaximierung und Überschüsse, die dann in den maroden Haushalt fließen.

Im Jahr 2014 haben die Stadtwerke durch überhöhte Preise (die wir alle bezahlt haben) einen Überschuss von 6,8 Millionen Euro erwirtschaftet, von denen 2,5 Millionen Euro als Dividende an die Stadt geflossen sind.

Was sind die Folgen?

Es liegt auf der Hand, dass so die Stadt Gießen – wie alle Städte und Kommunen – ihren Aufgaben nicht gerecht werden kann. Angesichts der Berliner Steuerpolitik, die die Superprofite unangetastet lässt und Geld für Kriege braucht, ist keine Änderung zu erwarten. Das Nettoprivatvermögen ist in der Bundesrepublik Deutschland (BRD) inzwischen auf die astronomische Höhe von mehr als 8 Billionen Euro gestiegen, davon besitzen die reichsten zehn Prozent 5,2 Billionen Euro. Gleichzeitig sind die Schulden der öffentlichen Haushalte auf 2,5 Billionen Euro angewachsen.

Diese Politik ist gewollt und wird nicht nur von Merkel und Co. betrieben, sondern von allen Bundesregierungen der BRD, gleich welche Parteien die Regierungen bildeten. Deswegen von Schulduweisungen an die Oberbürgermeister bzw. Kämmerer abzusehen, wäre falsch. Sie sind insofern mitschuldig, dass es die gleichen- ihre- Parteien sind, deren Vertreter in Berlin (bzw. Bonn) und Wiesbaden die Finanznot verursacht haben und die dies nicht nur billigen, sondern mit eigener kommunaler „Sparpolitik“ unterstützen. Sie alle sind für die leeren Kassen verantwortlich. Sie verstoßen damit auch gegen die Hessische Verfassung. Dort heißt es in Artikel 137:

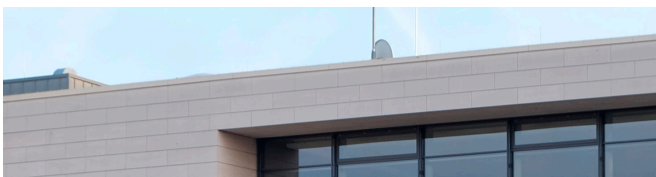
„Der Staat hat den Gemeinden und Gemeindeverbänden die zur Durchführung ihrer eigenen und der übertragenen Aufgaben erforderlichen Geldmittel im Wege des Lasten- und Finanzausgleichs zu sichern.“

Wir fordern:

1. Die Verwirklichung dieses Verfassungsgebots, damit auch Gießen wieder handlungsfähig werden kann.
2. Eine sofortige Erhöhung des Anteils der Gemeinden am Gesamtsteuer-aufkommen.
3. Die Einstellung der Zinszahlung an die Banken (die haben genug daran verdient) bzw. einen Schuldenschnitt.
4. Die Rückführung der kommunalen Betriebe in die Hand und unter Kontrolle des Stadtparlaments.
5. Das gegeneinander Ausspielen von kulturellen oder sozialen Belangen einzustellen.
6. Eine ausreichende Finanzausstattung von Bund und Land zur Wahrnehmung der kommunalen Aufgaben.

3. Mehr Bürgerbeteiligung wagen

Wir sprechen uns dafür aus, dass das Verfahren zur Bürgerbeteiligung dahingehend vereinfacht wird, dass die Hürden für ein erfolgreiches Verfahren herabgesetzt werden. Die Bürgerbeteiligungssatzung ist ein Schritt in die richtige Richtung, welcher den Gießener LINKEN nicht konsequent genug umgesetzt ist. Mit dieser Satzung haben die Gießenerinnen und Gießener keine neue Möglichkeit, wirklichen Einfluss auf politische Entscheidungen zu nehmen oder gar diese mitzugestalten. Nach zwei erfolgreichen Bürgerbegehren mit jeweils ca. 4.000 Unterschriften (das erste konnte juristisch verhindert werden) sieht die SPD-Grüne Stadtregierung offensichtlich in dieser Bürgerbeteiligung ihre Chance, die Bürgerinnen und Bürger zu beschäftigen, Protest und Unzufriedenheit zu kanalisieren und einzudämmen. An einem Beispiel erläutert:



Wir finden es gut, dass die Gießener nun eine sog. Bürgerschaftsversammlung anregen und durchsetzen können. Aber wir halten es nicht für demokratisch, dass die Bürgerinnen und Bürger weder über die Leitung dieser Versammlung noch ihre Tagesordnung entscheiden oder zu einer städtischen Frage eine Mehrheitsmeinung abgeben dürfen. Auch in Zukunft sind wir bereit, Anträge der Bürger ins Stadtparlament einzubringen. Dies erspart unter Umständen das umständliche Prozedere eines Bürgerantrags. Außerdem wollen wir Rechte der Ortsbeiräte stärken. So darf es nicht mehr passieren, dass Ortsbeiräte übergangen oder erst nach einer Entscheidung gehört werden. Außerdem wollen wir, dass weitere Ortsbeiräte eingerichtet werden, wie z.B. für die West- und Nordstadt.

Wir sprechen uns dafür aus, dass Bürgerinnen und Bürger bei Baumaßnahmen mehr Gehör verschafft wird.

Wir fordern:

1. Transparenz im gläsernen Rathaus!
2. Wir setzen uns weiterhin dafür ein, dass Sitzungen des Stadtparlaments u.a. live in den offenen Kanal Gießen und das Internet übertragen werden. Dies ist unser Verständnis von Offenheit, Demokratie und einer breiten Teilhabe.
3. Wir wollen, dass mehr städtische Gremien für die Bürgerinnen und Bürger geöffnet werden, das bedeutet, dass z.B. auch die Schul- und Sportkommission öffentlich tagen. Die Geheimniskrämerei muss ein Ende haben!
4. Auch kleine Fraktionen des Stadtparlaments müssen zukünftig alle Protokolle von allen Kommissionen einsehen können. Somit würde mehr Transparenz in die Kommissionen etabliert.

Der Datenschutz muss höhere Priorität erhalten

Die Funktion des Datenschutzbeauftragten der Stadt Gießen kann nicht mehr, wie bisher, nur als Teilaufgabe eines leitenden Mitarbeiters verankert sein. Die Komplexität der Aufgabe und die tatsächliche Arbeitsmenge erfordern eine ganze Stelle die losgelöst von anderen Aufgaben ist. Mit der Kameraüberwachung in der Stadt Gießen muss kritischer als bisher umgegangen werden und die Notwendigkeit bestehender Überwachung soll hinterfragt werden.

4. Sozialpolitik

Eine Anlauf- und Koordinierungsstelle (Stadtteilbüro), wo die Bürger, sowohl Beratungs- und Unterstützungsangebote, Hilfe, wie auch vielfältige Aktivitäten in Anspruch nehmen können, muss eingerichtet werden. Dies soll ähnlich dem Nordstadtbüro, dem Wilhelm-Liebknecht-Haus (in der Weststadt) und dem Caritas Gemeinschaftszentrum am Eulenkopf ausgerichtet sein.

Durch Stadtteilarbeit ist die aktive Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an den verschiedenen Projekten im Quartier gesichert und so kann die gesellschaftliche Teilhabe für alle verschiedenen Gruppen im Miteinander gestärkt werden.

Alle im Gebiet vorhandenen Einrichtungen (Kindergärten, -horte, Schulen, Träger öffentlich geförderter Beschäftigungsgesellschaften, Kirchen...) sollten dabei mit den Stadtteilbewohnern Hand in Hand arbeiten, um Lernen, Ausbildung, gesellschaftliche Teilhabe und Beschäftigung zu fördern.

Wir fordern daher:

Die Ausweitung der Mittel für die erforderlichen und wichtigen Projekte. Der Bund muss hierzu den Kommunen entsprechende Fördermittel zur Verfügung stellen.

Sogenannte Trinkerszene Marktplatz

Schon seit mehreren Jahren gibt es in Gießen Streit und Diskussionen über die Zustände am Marktplatz. Ca. 100 Personen, sog. Trinkerszene, halten sich gelegentlich tagsüber dort auf. Verschiedene Maßnahmen der Stadt und örtlicher Geschäftsleute wie das Abspielen klassischer Musik, Betreiben eines Karussells oder auch das Entfernen von Sitzgelegenheiten brachte keinen Erfolg. Die Szene ließ sich nicht vertreiben! Warum auch? Diese Menschen wollen sich jedoch auch auf dem Gießener Marktplatz treffen. Die meisten von ihnen sind nicht obdachlos; viele sind aber auch suchtkrank.

Aus unserer Sicht brauchen diese Menschen Hilfe! Deshalb ist die sogenannte „Aufsuchende Sozialarbeit“ vor Ort massiv aufzustocken! Eine von der Gießener Linken im Stadtparlament geforderte Wärmestube ist umgehend einzurichten und zu betreiben.

Alternativ ist zu überlegen, ob nicht dauerhaft ein fester Treffpunkt im Stadtzentrum anzubieten ist. Dies kann als Anlaufstelle von den Sozialarbeitern angeboten werden, damit wäre auch die Toilettenfrage geklärt. Dies sind erste Schritte, um den Menschen am Marktplatz zu helfen. Unabhängig davon erachten wir die Einrichtung einer öffentlichen und barrierefreien Toilette für unabdingbar.



Wir werden älter...

Seitdem in der Parteienlandschaft die Rede vom demographischen Wandel ist, wird endlich auch den älteren Menschen ein wenig Aufmerksamkeit zuteil. Er dient als Ausrede für Rentenkürzungen. Die älteren Menschen werden als großes Profitpotenzial für Freizeitgestaltung und Pflege gesehen. Die Chancen, die durch einen höheren Anteil an älteren Menschen in der Bevölkerung entstehen, werden meistens übersehen. So wird das Engagement für Seniorinnen und Senioren der etablierten Parteien häufig in den Kommunen auf Barrierefreiheit und Pflegeeinrichtungen reduziert. Wir aber fordern eine uneingeschränkt gleichberechtigte Teilhabe der älteren Menschen an den sozialen und politischen Strukturen der Gesellschaft.

Wir fordern als erste Schritte in diese Richtung:

1. Stadt und Kreis bieten als öffentliche Arbeitgeber altersgerechte Arbeitsmodelle und Weiterbildungsmaßnahmen an.
2. Den gezielten Ausbau von generationsübergreifenden Seniorenberatungsstellen und Begegnungsstätten.
3. Die Verbesserung der Mobilität für die gleichberechtigte Teilhabe im Alltag.
4. Bezahlbare und altersgerechte Wohnungen und Wohnprojekte (z.B. Mehrgenerationenhäuser) sind planerisch zu fördern und umzusetzen. Unter Einbeziehung von ortskundigen Experten sind Standards und Modelle zu erarbeiten.
5. Ein kostenloser Notruf für alle älteren Menschen.
6. Die von vielen Vereinen, sozialen Organisationen, Kirchen und ehrenamtlichen geleistete Arbeit in diesem Bereich ist durch den Kreis bzw. der Stadt Gießen besser zu koordinieren.
7. Der Öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) muss die Bedürfnisse älterer Menschen stärker berücksichtigen, z.B. spezielle Haltepunkte, Fahrzeiten und Vergünstigungen bei Fahrtarifen Angebote für ältere Mitbürgerinnen und Mitbürger.

5. Die Stadtwerke Gießen AG sozialer und ökologischer!

Die Stadtwerke gehören zu 100 Prozent der Bevölkerung Gießens. Das merkt man aber selten, denn sie verhalten sich ihnen gegenüber wie jeder andere Stromkonzern: Gewinnmaximierung und soziale Kälte herrschen vor. Wir wollen andere Stadtwerke!

Wir fordern:

1. Sozialtarife, also niedrigere Tarife bei Strom und Gas für Geringverdiener.
2. Verzicht auf Sperrungen.
3. Keine unterschiedlichen Tarifsysteme bei den Busfahrern. Weg mit den Billiglöhnen bei der Mit-Bus GmbH.
4. Keine Vergünstigungen für Großverbraucher von Strom, Gas oder Wasser, insbesondere große gewerbliche Betriebe.
5. Geringer Verbrauch ist durch niedrigeren Tarif zu belohnen, höherer Verbrauch muss höheren Tarif bezahlt werden.
6. Förderung von privaten Photovoltaikanlagen durch einen Zuschuss der Stadtwerke so wie in Marburg.
7. Vermeidung der Leerkosten beim Wasser und Senkung der Wassergebühren!
8. Rekommunalisierung der Stadtwerke AG.

Wir lehnen auch den Bau von Biogasanlagen ab, für die hunderte Hektar bewirtschaftet werden, um die Frucht dann in den Anlagen „verwerten“ zu können.

Kommunale Betriebe müssen den Menschen dienen!

Wir wollen neue Gesellschaftsformen für die kommunalen Unternehmen, wie z.B. Bürgergesellschaften, ähnlich einer Genossenschaft, bei der alle Bürgerinnen und Bürger Eigentumsanteile erhalten, die weder handelbar noch übertragbar sind. Die Geschäftstätigkeit wird in öffentlicher Debatte entwickelt und beschlossen, ebenso wie die Bestellung der Vorstände. Abstimmungen erfolgen mit Hilfe der heute vorhandenen informationstechnischen Kommunikationsmittel.

Wir fordern:

1. Offenlegung der Geschäftspolitik der kommunalen Unternehmen: deren Verträge, Kalkulationen, Tarife, Vorstandsbezüge usw.
2. Direkten Einfluss der kommunalen Parlamente auf die Entscheidungen der Unternehmen.
3. Erweiterung der Rechte der Aufsichtsratsmitglieder.
4. Gleichberechtigte Vertretung der Belegschaft in den Aufsichtsräten.
Mitbestimmung durch Beiräte der Betroffenen und durch eine Vertretung im Aufsichtsrat.
5. Reprivatisierungen in Kreis und Stadt (Stadtwerke, ZAUG-Recycling, Stadthallen GmbH, Marketinggesellschaft, Asklepios-Klinik usw.).
6. Tariftreue für die Beschäftigten bei allen kommunalen Unternehmen und ihren Tochtergesellschaften.

Abfallwirtschaft

Wir treten dafür ein, dass die kommunale Abfallwirtschaft sowie in der Stadt auch im Kreis in kommunaler Verantwortung und in einem kommunalen Unternehmen betrieben wird. Wir lehnen aus ökologischen Gründen im Grundsatz die Müllverbrennung ab und können sie nur befürworten, wenn sie optimal ausgewertet, recycelt und minimiert wird. Für uns stehen in der Abfallwirtschaft die folgenden Ziele und im Fokus:

1. Abfallvermeidung, 2. Wiederverwendung, 2.1. Recycling, 2.2. sonstige, u.a. energetische Verwertung von Abfällen und schließlich 2.4. Abfallbeseitigung.



Wir sind für eine ressourcenschonende, ökologisch effiziente Entsorgung des Hausmülls.

Wir fordern:

1. Eine ressourcenschonende, ökologisch effiziente Entsorgung des Hausmülls.
2. Eine zuverlässige Müllentsorgung zu bezahlbaren Gebühren.

6. Kultur und Sport

Gießen ist der mittelhessische Anziehungspunkt im sportlichen und kulturellen Bereich. Wir treten dafür ein, dass die bisherigen Förderungen bleiben bzw. ausgebaut werden. Alle öffentlichen Bibliotheken, Museen, Bildungseinrichtungen der bildenden Künste, Musikschulen, Kulturinitiativen der Immigranten, Theater und Filminitiativen sind in Stadt und Kreis zu fördern und zu unterstützen. Soziale und kulturelle Kompetenz wird so gepflegt und vermittelt. Sie ist für die Menschen existenziell.



Wir fordern für die Kultur:

1. Erhaltung des Gießener Stadttheaters als drei Sparten-theater.
2. Ausbau der Kooperationsverträge des Theaters mit Schulen, Vereinen und Gruppen zur Förderung der kulturellen Integration und Verständigung.
3. Keine Zusammenlegung der Stadt- und Kreis-Volkshochschulen. Die Programme müssen ausgebaut und verbessert werden.
4. Die bisherige Sportförderung der Stadt Gießen wird weiter ausgebaut. Amateursport und insbesondere der Jugend- und Kinderbereich sind zu fördern.
5. Kommerzielle Vereine (Profisportvereine) werden generell nicht durch öffentliche Mittel unterstützt.

Wir fordern für den Sport:

1. Alle kommunalen Sportstätten im Kreis und der Stadt sind den Vereinen kostenlos zur Verfügung zu stellen, das betrifft auch Umkleide- und Duschköglichkeiten.
2. Der Ausbau und Erhalt von Sportstätten ist weiter zu vervollständigen.
3. Im Bereich der Stadt Gießen sind weitere Kunstrasenplätze zu bauen und zwar in Gießen-Kleinlinden, der Weststadt und in der Ringallee.
4. Sportvereine mit hohem Migrationsanteil in der Jugendarbeit sind über die üblichen öffentlichen Förderungen hinaus finanziell und personell zu unterstützen.
5. Die vom Stadtparlament eingesetzte Sportkommission tagt zukünftig öffentlich. Den Gießenern Sportvereinen ist somit die Chance zu geben, an den Sitzungen teilzunehmen und sich somit mehr einzubringen. Die Einladungen und Protokolle sind öffentlich zugänglich zu machen.
6. Wir schlagen vor, dass sich alle Sportvereine regelmäßig mit den politisch Verantwortlichen treffen. So können die Anliegen der Vereine direkt besprochen werden.

7. Kommunale Schulpolitik

Bildung ist ein Menschenrecht

Wieder haben die Befunde der PISA-Studien bestätigt: In keinem anderen vergleichbaren Staat der Welt ist der Schulerfolg so stark von Einkommen und der Vorbildung der Eltern abhängig wie in Deutschland. Schüler aus bildungsfernen Familien haben - bei gleicher Intelligenz - eine viel geringere Chance das Abitur zu schaffen als Akademikerkinder. Migrantenkinder, die nicht über ausreichende Deutschkenntnisse verfügen, sind im deutschen Schulsystem und damit auch im späteren Berufsleben so gut wie ohne Chancen. Deshalb fordern wir eine soziale Kinder- und Jugendpolitik, die das Kind in den Mittelpunkt stellt und nicht die Verwertbarkeit in der Wirtschaft. Jugendsozialarbeit muss deshalb in Schulen und den entsprechenden Einrichtungen einen höheren Stellenwert haben.

Bildung ist Grundvoraussetzung dafür, dass sich Menschen solidarisch selbst bestimmt entwickeln und alle Formen von Ausbeutung und Unterdrückung überwinden können. Bildung dient damit der Emanzipation des Menschen. Sie ist Voraussetzung für eine erfolgreiche Teilhabe aller an der Gestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse, für eine Beendigung des Raubbaus an der Natur und für die Schaffung international friedlicher Verhältnisse.

Bildung gehört in die öffentliche Hand und muss demokratisch gestaltet werden. Privatisierungstendenzen im Bildungsbereich sind entschieden entgegen zu wirken. Bildung darf keine Ware sein!

Wir fordern:

1. Ein kostenloses und einheitliches Betreuung- und Schulsystem von der Krippe bis zur Hochschule für alle Kinder, einschl. Übernahme der Kosten für die Schulspeisung, der Lernmittel und der Musikinstrumente der Kinder aus armen Familien durch den Schulträger.
2. Verbesserung der Ausstattung der Schulen für die Förderung von Kindern mit ihren verschiedenen Bedürfnissen.
3. Erweiterung und Unterstützung der Nachmittagsbetreuung an den Schulen und Förderung von Kindern mit Migrationshintergrund.
4. Berufsberatung mit Ausrichtung auf die individuellen Bedürfnisse und entsprechende Auszubildende der Berufsberaterinnen und Berufsberater.
5. Recht auf Ausbildungsvergütung in betrieblicher und staatlicher Ausbildung (z.B. die Ausbildung zur Erzieherinnen und Erzieher).
6. Ausbau der beruflichen Bildung, inklusive Angebote für Menschen mit Behinderungen Vorrang haben.
7. Die Einhaltung, den Erhalt und die Erweiterung des Jugendarbeitsschutzgesetzes.
8. Die unbefristete Übernahme aller Auszubildenden in der Kommunalverwaltung und den kommunalen Betrieben entsprechend ihrer Ausbildung in Vollzeit.
9. Die Verpflichtung aller Unternehmen zu einer Ausbildungsquote von 10 Prozent der Beschäftigten. Wer nicht ausbildet soll zahlen.
10. Weiterbildung als tragende Säule der lebenslangen beruflichen Bildung. Diese sollte regelmäßig und konsequent durchgeführt und vom Unternehmen in erster Linie getragen werden.
11. Keine Duldung von Militarismus in der Schule: keine Werbung der Bundeswehr in den Schulen und Kindergärten, verstärkte Werbung für die Nutzung der Angebote des antifaschistischen Gedenkens in Schulen, Jugendeinrichtungen und -zentren (Besuche von Gedenkstätten, antifaschistische Stadtrundgänge usw.).

8. Gegen Rassismus und Faschismus

Zum Glück haben in vielen Teilen der Stadt und im Gießener Kreis die Bewohnerinnen und Bewohner mit nur wenig Hass und Hetzparolen und gewalttätigen Übergriffen durch Rechtsradikale, Rassisten und Neofaschisten zu rechnen. Gießen ist eine tolerante Stadt, in der Menschen aus allen Teilen der Welt zumeist friedlich zusammenleben.

Eine angeblich erhöhte Kriminalitätsrate durch den größeren Anteil von Menschen aus anderen Ländern in unserer Stadt ist nirgends zu belegen. Ganz im Gegenteil! Unsere Stadt und der Kreis sind durch ihren weltoffenen Charakter und das friedliche Miteinander reicher an Kultur, Wissenschaft und Kunst.

Migrantenverbände und Kulturvereine bringen sich im Stadtleben ein. Religionsgemeinschaften suchen den Dialog und zeigen, dass ein friedliches Miteinander nicht nur möglich, sondern gewinnbringend ist.

*„Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen“
Bertolt Brecht*

Immer wieder versuchen Rechte und Rechtsradikale in der Stadt oder im Kreis aufzumarschieren um Hass und Missgunst im Namen zu propagieren. Sie säen Hass gegen Menschen und nehmen dabei Gewalt und Mord an Unschuldigen in Kauf. Gegen diese engagieren sich Gewerkschaften, Schulen, Bürgerinitiativen, Studentengruppen und Geschichtswissenschaftlerinnen und Gewerkschafter. Viele kritische Menschen tragen in ihrer Gesamtheit durch Kulturveranstaltungen und aktivem Engagement gegen Faschismus dazu bei, dass unsere Stadt vor rechtem Gedankengut meist weitgehend verschont bleibt.

Wir als Gießener LINKE wissen jedoch, dass dieser Friede und die Freiheit des offenen Zusammenlebens nach wie vor gegen Hetzparolen von Rechtsradikalen verteidigt werden muss.

Deshalb fordern wir:

1. Schluss mit Kriminalisierung, Überwachung, gesellschaftlicher Stigmatisierung antifaschistischer Gruppen und Bildungsinitiativen.
2. Umbenennung aller Straßen und Gebäude im Kreis, der Stadt, Schulen und Hochschulen, die Personen ehren, die faschistischen Parteien und Bewegungen nahestanden, oder in diesen aktiv waren.
3. Intensive Förderung von antifaschistischer Bildungsarbeit in Kreis und Stadt.
4. Konsequente Verfolgung von durch Rechtsradikalen, Faschisten oder Rassisten begangenen Straftaten, insbesondere im Zusammenhang mit fremdenfeindlichen Anschlägen auf Unterkünfte und Leib und Leben der zu uns in den Kreis und die Stadt geflüchteten hilfesuchenden Menschen.

9. Politik zu Flucht und Einwanderung

Zur humanitären Situation und dem Umgang mit Flüchtlingen in Stadt und Kreis Gießen machen wir uns als Gießener LINKE zunehmend Sorge. Eine verfehlte Sozialpolitik, wie der Agenda 2010-Gesetzgebung und eine neoliberale Steuerpolitik lassen vermehrt Konkurrenzängste gegen bei uns Schutz suchende Menschen aufkommen. Wir haben Verständnis für Bürgerinnen und Bürger, die sich Sorgen um ihre Existenz, Sicherheit und Zukunft ihrer Familie und Freunde machen.

Aber den Flüchtenden zu unterstellen, sie kämen nur aufgrund der „Anreize“ deutscher Sozialpolitik nach Deutschland, sie kämen um sich hier ein laues Leben zu ermöglichen, zeugt von Unwissenheit, Gleichgültigkeit. Diese Menschen flüchten vor Krieg, Hunger und erdrückender Hoffnungslosigkeit.

Der weitaus größte Teil der Schutzsuchenden kommt aus den Kriegsgebieten des Mittleren Ostens und Afghanistans. Ihre Heimat ist verwüstet von einem über Jahrzehnten geführten Krieg der Mächtigen um Rohstoffe und militärische Vormacht in der Region. Dort gibt es für die Menschen keine Existenzgrundlage mehr. Notwendig ist es, diese Länder zu befrieden und sie beim zivilen Aufbau zu unterstützen.

Vorurteilen entgegentreten

Wenn Menschen oder Bevölkerungsteile aufgrund ihrer Herkunft, ihres Glaubens, ihrer Sprache oder ihrer Hautfarbe von rechten Parteien und Gruppen nun deshalb als Bedrohung kollektiv gebrandmarkt werden, dann wird Spaltung propagiert und Gewalt und Hass in Kauf genommen.

Verstoß gegen die Menschenrechte

Wer Menschen überfällt, verletzt oder Wohnungen anzündet und den Tod der Bewohnerinnen und Bewohner in Kauf nimmt, verstößt gegen geltendes Recht. Dazu zählen auch diejenigen, die dazu anstiften, indem sie Flüchtende als Bedrohung darstellen.

Wir haben keine Toleranz und kein Verständnis, wenn berechtigte finanzielle Sorgen und Zukunftsängste in der Bevölkerung von rechten Parteien und Organisationen ausgenutzt werden um gegen Schutzsuchende Flüchtlinge und Migranteninnen und Migranten Stimmung zu machen.

Wir bestehen auf die sofortige Umsetzung und Einhaltung der „Genfer Flüchtlingskonvention“ sowie die im Grundgesetz garantierten Menschenrechte. Daher muss für die Bewohnerinnen und Bewohner der Notunterkünfte Lösungen gefunden werden, die unter diesen Umständen ein menschenwürdiges Leben zulassen.

Wir fordern:

1. Möglichkeiten der Beschäftigung, um dem Lageralltag zu entfliehen,
2. Sprachbarrieren rechtzeitig durch Schulung und Kurse zu begegnen.
3. Unterstützung in der Bewältigung des Alltages mit gezielter Hilfe im Umgang mit Ämtern.
4. Medizinische Versorgung durch Ärztinnen und Ärzte sowie Psychologinnen und Psychologen.
5. Frauen, Kinder und weitere schutzbedürftige Personen vor Übergriffen durch Prävention zu schützen.
6. Unterbringung in festen Gebäuden, notfalls durch Enteignung von Leerstand (GG Eigentum verpflichtet.) z.B. Bundesbank Gebäude und Alte Post.
7. Zugang zu medizinischer Prophylaxe durch Einführen einer Gesundheitskarte.
8. Erweiterungen für KITAS und Schulen.
9. Den akuten Bedarf an Unterkünften durch die zeitlich befristete Unterbringung in Holzhäusern, um Zeit zu haben, die mittelfristig zum Bau neuer Sozialwohnungen notwendig ist.

10. Weitere Forderungen sind:

A. Behindertenpolitik

Eine emanzipatorische Behindertenpolitik soll sich an den Zielen Teilhabe, Selbstverwirklichung und Stärkung der Selbsthilfe orientieren. Der Selbstvertretungsanspruch der Betroffenen muss anerkannt und beachtet werden. Teilhabe ist nur durch den diskriminierungsfreien Zugang zu allen Strukturen, Informationen und öffentlichen Gütern möglich. Deshalb müssen institutionelle Barrieren abgebaut werden.

Die lokal angepasste Sozialpolitik muss sich nach dem tatsächlichen Bedarf ausrichten, eine Vernetzung staatlicher Förderung und ein weiterer struktureller Ausbau des persönlichen Budgets ist notwendig. Für Stadt und Landkreis Gießen muss gelten, dass die Teilhabe erst dann überhaupt möglich wird, wenn über die Möglichkeiten der Teilhabe deutlich und offensiv informiert wird. In einer breiten Debatte mit den gesellschaftlichen Selbsthilfeorganisationen und Einrichtungen sollten Forderungen, Ziele und Umsetzungen vorbereitet werden. Unter anderem kann es um eine stärkere Einbeziehung der Betroffenen, um die Sozialverantwortung von Kommunen als Arbeitgeber und Auftraggeber, um kulturelle und soziale Einrichtungen und deren Barrierefreiheit gehen.

B. Umweltpolitik

Da seit Jahren und in der Zukunft keine Verbesserung durch die NO₂ und Feinstaubbelastungen zu sehen ist, muss die Stadt einen Klimabeauftragten einstellen, der sich in Hinblick auf die Zukunft der Stadt mit städtebaulichen Veränderungen beschäftigt. Diese sollte unter anderem die von uns geforderte sinnvolle Ausweitung einer 30er Zone im Innenstadt Bereich, sowie eine Begrünung vorsehen um den NO₂- Fußabdruck zu minimieren. Wir fordern: konsequentere Müllvermeidung, damit weniger Abfall verbrannt werden muss, was auch beinhaltet keinen Mülltourismus aus anderen Gemeinden zu gewähren (Forderungen siehe Abfallwirtschaft).

C. Energiepolitik

In Sachen Energiegewinnung sollten Kreis und Stadt ein Förderprogramm zur Installierung von Solaranlagen durch Privathaushalte ins Leben rufen und selbst durch Bestückung der Öffentlichen Bauten zur Gewinnung von Regionalem Strom beitragen. Es dürfen keine weiteren Biogasanlagen in Nutzung gestellt werden, da es vermieden werden muss, subventionierte Produkte wie Mais zu verbrennen und dafür Soja aus Übersee für das Mästen von Tieren zu verwenden, das auf Flächen gewonnen wird, die Brand gerodet wurden. Finanzschwache Bürgerinnen und Bürger dürfen nicht durch übertrieben hohe Gebühren für das Ab- und Anstellen vom Strom angeprangert werden, deswegen müssen diese drastisch gesenkt werden, da die Energieversorgung ein Grundrecht für alle ist (Forderungen siehe Kommunale Betriebe).

D. Verkehrspolitik

Ein weiterer Ausbau des ÖPNV muss stattfinden, um allen Nutzerinnen und Nutzer eine echte Alternative zum Auto

zu bieten. Dies sollte über eine Fahrpreissenkung bis hin zur kostenfreien Nutzung (Bürgerticket) und durch eine höhere Taktung sowie bessere Anschlüsse beim Umsteigen erfolgen. Zeitnah sollten auch alle Bushaltestellen barrierefrei ausgestattet werden, damit Personen mit körperlichen Beeinträchtigungen die Busse eigenständig benutzen können. Neue Busse, die in die Stadt fahren, sollten in Zukunft durch emissionsarme Fahrzeuge ersetzt werden und einen größeren Bereich für Rollstühle und Kinderwagen erhalten. Da immer mehr Pendler Rad und Bahn nutzen, sollte der RMV dafür Sorge tragen Züge umzubauen und Neuanschaffungen mit Fahrradständer zu versehen. Es dürfen auf dem Messeplatz für die Parkplätze keine Gebühren erhoben werden. Die Verkehrswege der Stadt sollten auf einen einheitlichen Standard gebracht werden, der die Gefährdung von allen Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer reduziert. Aus diesem Grund sollte ein neuer Verkehrswegeplan mit ausreichenden Fahrradwegen erstellt werden.

E. Uniklinik in Bürgerhand

Vor zehn Jahren verkaufte das Land Hessen das Uniklinikum Gießen-Marburg an die profitorientierte Rhön-Kliniken AG – für einen Betrag von 110 Millionen Euro, nur einen Bruchteil des tatsächlichen Wertes.

Bundesweit gilt diese Privatisierung als abschreckendes Beispiel. Aber die hessische CDU und FDP, die den Deal damals ausgeheckt haben, reden immer noch von einer Erfolgsgeschichte. Sie sind ja auch nicht betroffen von den Folgen ihrer damaligen Entscheidung.

Das Personal, die Patientinnen und Patienten, Studierende, niedergelassene Ärztinnen und Ärzte, Fachverbände wie die Deutsche Krankenhausgesellschaft und der Marburger Bund sind entsetzt über die Folgen der Privatisierung.

Für das Personal wird die Arbeitshetze von Jahr zu Jahr schlimmer, die Überlastungsanzeigen häufen sich. Die Studierenden klagen darüber, dass z.B. kaum ein Arzt noch Zeit hat, ihnen beim Unterricht am Krankenbett etwas zu erklären, obwohl ein beträchtlicher Teil der Gehälter des wissenschaftlichen Personals vom Land bezahlt wird, eben wegen der Lehraufgaben einer Uniklinik. Patienten werden zum Teil entlassen, bevor sie gesund sind, man spricht von „blutigen Entlassungen“. Schon öfter haben niedergelassene Ärztinnen und Ärzte, vor allem in Marburg, öffentlich dagegen protestiert.

Um solche Proteste abzustellen, will die Rhön AG freierwerdende Facharztpraxen aufkaufen und durch konzerneigene kliniknahe Ärzthäuser ersetzen. All diese Missstände sind Folge der profitorientierten Krankenversorgung – nach nicht dementierten Presseberichten erwirtschaftet die Rhön AG Jahr für Jahr etwa 40 Millionen Euro mit dem Betrieb des Uniklinikums. Dieser Überschuss kann nur auf Kosten des Personals und der Patienten erzielt werden. Daseinsvorsorge darf nicht den privaten Profitinteressen unterliegen.

(-> weiter auf Seite 11)

Wir fordern:

1. Der Rückkauf des Rhönklinikums vom Land Hessen unter finanzieller Mitbeteiligung von Stadt- und Landkreis Gießen.
2. Das Uniklinikum Gießen-Marburg wieder in öffentliche Verantwortung zu überführen.
3. Die Versorgung der Patienten durch zusätzliche Einstellung von Personal zu sicheren und qualitativ zu verbessern.
4. Die Lehraufgaben der Uniklinik und die Ausbildung des medizinischen Personals auf höchstem Niveau für die Zukunft zu sichern.



Leyla Karadeniz,
Listenplatz 5



Hans-Jürgen Geselle,
Listenplatz 6

Unsere Kandidatinnen und Kandidaten für den Kreistag Gießen



Reinhard Hamel,
Listenplatz 1



Marcus Link,
Listenplatz 2



Stefan Walther,
Listenplatz 3



Conny Mim,
Listenplatz 4

38 Gründe Links zu wählen

- 7 Erika Wolf (Gießen)
- 8 Mehmet Resat Badilli (Gießen)
- 9 Thomas Hisgen (Grünberg)
- 10 Andreas Münnich (Grünberg)
- 11 Jacqueline Krause (Gießen)
- 12 Matthias Riedl (Gießen)
- 13 Dr. Christian Brauenlich (Pohlheim)
- 14 Frieder Schulze (Fernwald)
- 15 Michael Janitzki (Gießen)
- 16 Zeynep Eroglu (Heuchelheim)
- 17 Ali Arslan (Lich)
- 18 Corinne Kusminder (Wettenberg)
- 19 Jörg Lüdde (Wettenberg)
- 20 Hermann Fredersdorf (Staufenberg)
- 21 Dr. Ali Alavi (Heuchelheim)
- 22 Werner Ortmüller (Gießen)
- 23 Brigitte Bader (Gießen)
- 24 Francesco Arman (Gießen)
- 25 Seyfettin Demir (Gießen)
- 26 Gunter Geis (Gießen)
- 27 Jonas Pletka (Gießen)
- 28 Stefan Häbich (Gießen)
- 29 Tatjana Thum (Gießen)
- 30 Henning Mächerle (Gießen)
- 31 Helmut Appel (Gießen)
- 32 Rainer Hofmann-Gissel (Gießen)
- 33 Brigitte Koch (Gießen)
- 34 Esther Abel (Gießen)
- 35 Karima Padinger (Staufenberg)
- 36 Michael Beltz (Gießen)
- 37 Werner Bastian (Lollar)
- 38 Klaus Zecher (Gießen)

**Am 6. März oder vorher durch
Briefwahl Gießener LINKE wählen!**



Unsere
Kandidatinnen und Kandidaten
für die Stadtverordnetenversammlung Gießen



Matthias Riedl,
Listenplatz 1



Conny Mim,
Listenplatz 2



Francesco Arman,
Listenplatz 5



Stefan Häbich,
Listenplatz 6



Michael Janitzki,
Listenplatz 3



Michael Beltz,
Listenplatz 4



Edgar Neskutzke,
Listenplatz 7



Martina Lennartz,
Listenplatz 9

9 Gießener LINKE			
901	Riedl, Matthias		
902	Mim, Cornelia		
903	Janitzki, Michael		
904	Beltz, Michael		
905	Armand, Francesco		
906	Häbich, Stefan		

Wahlen zur Stadtparlament Gießen

27 Gründe Links zu wählen

- | | |
|-------------------------|---------------------------|
| 8 Erika Wolf | 21 Erika Beltz |
| 10 Mehmet Resat Badilli | 22 Peter Ringel |
| 11 Werner Ortmüller | 23 Brigitte Koch |
| 12 Helmut Appel | 24 Mario Berger |
| 13 Jacqueline Krause | 25 Esther Abel |
| 14 Heimpel Christian | 26 Rainer Hoffmann-Gissel |
| 15 Tatjana Thum | 27 Klaus Zecher |
| 16 Gernot Linhart | |
| 17 Walter Beilken | |
| 18 Heidrun Zado | |
| 19 Seyffetin Demir | |
| 20 Mailin Lange | |

